

Anhang

Regionalpolitik und Vorbeitrittshilfe in Ungarn

von Tamás Szemlér

1. Allgemeine Rahmenbedingungen der Regionalpolitik und der Vorbeitrittshilfe in Ungarn

1.1. Regionale Unterschiede nach 1990: Probleme und Ursachen

Die Regionalentwicklung Ungarns in den 1990er Jahren kann nur vor dem geschichtlichen Hintergrund adäquat analysiert werden. Die territorialen Veränderungen des Landes im XX. Jahrhundert beeinflussten die Regionalentwicklung insofern, als die heutigen Grenzregionen Ungarns viele ihrer traditionellen, organischen und wirtschaftlichen (aber auch kulturellen, sozialen) Verbindungen verloren haben. Diese Regionen sind peripher geworden, und das Zentrum-Peripherie-Problem wurde verstärkt: Budapest ist (hinsichtlich Bevölkerung und Wirtschaft) das einzige wirkliche Zentrum der Entwicklung des Landes geworden.

In der Zeit der zentralen Planwirtschaft konnte die auf die Industrialisierung (insbesondere auf die Schwerindustrie) konzentrierte Wirtschaftspolitik keine langfristige Lösung für die regionalen Probleme bieten. Regionalpolitik wurde als Teil der auf branchenbezogenen Prinzipien und Direktiven aufgebauten Wirtschaftsplanung gesehen. Das bedeutete, dass die Verteilung der Finanzquellen, die Formen der Regulierung der finanziellen Unterstützung und die wichtigsten Entscheidungen nach der Logik der branchenorientierten Wirtschaftspolitik formuliert wurden. Die sich daraus ergebenden territorialen Konsequenzen wurden explizit nicht berücksichtigt. Komitats- und lokale Räte hatten keinen wesentlichen Einfluss auf die wichtigen, die Regionalentwicklung betreffenden Entscheidungen. Die Rolle dieser Verwaltungsorgane wurde auf infrastrukturelle bzw. Dienstleistungsarbeit reduziert.

Es muss hier betont werden, dass in der Periode der zentralen Planwirtschaft die regionalen Unterschiede in einigen Aspekten (Industrialisierung, Beschäftigung, Lohnniveau, Wohnungen, Infrastruktur) sich teilweise verringert haben. Diese Entwicklung basierte aber auf Mechanismen, die langfristig (und besonders im Rahmen einer Marktwirtschaft) nicht Bestand haben konnten. In dieser Periode wurden Finanzmittel von den wirtschaftlich stärkeren zu den schwächeren Territorien (im Rahmen der starken Industrialisierung) umgruppiert: das hat zwar die regionalen Unterschiede reduziert, aber die Wirtschaftsdynamik behindert. Die Produktionsfaktoren – insbesondere der Faktor Arbeit – wurden tief unter ihren realen Kosten genutzt, was Vollbeschäftigung ermöglichte. Einige Sektoren (Bergbau, Metallurgie, Landwirtschaft, Eisenbahn) haben

umfassende Subventionen erhalten, während sich die Agrarwirtschaft und der Wohnungsbau vorrangig über Kredite finanzierten.

Diese auf direkten Methoden und künstlichen Wirtschaftsmechanismen basierende Politik setzte zentrale politische Interessen durch, die der lokalen Initiative keinen Raum ließ. Letztlich hat sich dieser Politikansatz als erfolglos erwiesen, was bereits vor dem Beginn des Transformationsprozesses (und noch mehr danach) klar wurde. Der Zusammenbruch der früher stark zentral geförderten Schwerindustrie- und Bergbaugebiete war eine traurige Illustration der Aussage, dass eine solche Entwicklungspolitik die doppelte Herausforderung hinsichtlich nationaler Unterentwicklung und regionaler Disparitäten langfristig nicht erfolgreich bekämpfen konnte.

Die bedeutenden (und sich in einigen Aspekten vergrößernden) regionalen Unterschiede prägten auch die 1990er Jahre. Am Ende der 1990er Jahre war das BIP pro Kopf in der entwickeltsten Region des Landes (Mittelungarn) doppelt so hoch wie in den ärmsten Regionen (Nordungarn und Nordtiefebene). Das Zentrum-Peripherie-Problem hat sich in den ersten Jahren des Transformationsprozesses verschärft: die ärmeren und auch infrastrukturell wesentlich schlechter ausgestatteten Regionen konnten mit den von Budapest angebotenen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht konkurrieren.

Der Systemwechsel zu Beginn der 1990er Jahre hat in einigen Regionen sogar zu einem wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess geführt. Am härtesten betroffen waren die Territorien, in denen sich die Industrieproduktion auf den in den ersten Jahren schrumpfenden und wegen der erhöhten Importe schwer umkämpften Binnenmarkt bzw. auf die zusammenbrechenden Ostmärkte konzentrierte. Der dramatische Produktionsrückgang der Schwerindustrie in Nord-Ungarn war ein eindrucksvolles Beispiel für diese Entwicklung. Ähnliches war aber auch in Regionen, wo Landwirtschaft und Bergbau dominierten, zu beobachten. Der drastische Subventionsabbau und eine erhöhte Abgabenlast (Steuern und Arbeitgeberbeiträge) verschärften die Krise in diesen Sektoren. Das neue Konkursrecht hatte weitreichende Konsequenzen für finanzschwache Unternehmen in den ärmeren Regionen. Diese Faktoren haben in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die territoriale Polarisierung verschärft.

Zudem haben ausländische Direktinvestitionen (ADI), die in der Modernisierung der ungarischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielen, regionale Unterschiede verstärkt. Die ADI suchen sich die besten Standortvoraussetzungen. Die regionalen Unterschiede sind nicht nur zwischen Zentrum und Peripherie (städtische Zentren und Umland), sondern auch zwischen West- und Ostungarn größer geworden. Regionen um die Verkehrsader Budapest–Wien haben sich auch mit Hilfe eines erheblichen Zuflusses von ADI rasch entwickelt. Neben heimischen Faktoren – relativ gut entwickelte oder sich relativ schnell entwickelnde Infrastruktur, erreichbare qualifizierte und gleichzeitig billige Arbeitskraft – spielte die direkte Nachbarschaft zum EU-Binnenmarkt eine wichtige Rolle hinsichtlich der Anziehungskraft der Region West-Transdanubien für ADI.

Mit der Marktwirtschaft tauchten auch neue – in den Jahrzehnten der zentralen Planwirtschaft unbekannte – Probleme auf. Am schwerwiegendsten ist ohne Zweifel die Arbeitslosigkeit, die in Ungarn – entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung – erhebliche regionale Unterschiede aufweist. Die meisten der stark betroffenen Territorien liegen in den Regionen Nordungarn und Nordtiefebene. Das Problem

wird noch dadurch erschwert, dass in diesen Regionen die Quote der aktiv erwerbstätigen Bevölkerung deutlich niedriger als im Durchschnitt ist. Ohnehin weist Ungarn im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Partizipationsrate (53%) auf. Regionale Unterschiede hinsichtlich des Arbeitsmarktes spiegeln sich auch in den Differenzen der Löhne wider (Bruttolöhne in der Region Mittelungarn sind um mehr als 50% höher als die in der Region Nordtiefebene).

1.2. Regionalpolitik in Ungarn in den 1990er Jahren: Ziele, Instrumente, Institutionen

Während sich die regionalen Disparitäten im Zuge der Transformation verschärft haben, änderte sich der allgemeine, vergleichsweise niedrige Entwicklungsstand Ungarns im Vergleich zu Westeuropa kaum. Die Perspektive des EU-Beitritts hat diese Frage in den Vordergrund gestellt, sowohl vom Standpunkt der Wettbewerbsfähigkeit des Landes aus, als auch bezüglich der Berechtigung auf EU-Förderungen und der Kapazität ihrer Nutzung (Absorptionskapazität).

Im Jahr 1991 erreichte Ungarns BIP pro Kopf (auf KKP) 47% des EU-Durchschnitts. Der Tiefpunkt der Transformationskrise wurde in dieser Hinsicht bereits im Jahr 1992 erreicht (45,5%), aber bis 1997 wurde der Wert von 1991 nicht mehr erzielt. Schließlich betrug im Jahr 2001 das BIP pro Kopf (auf KKP) in Ungarn 52% des EU-Durchschnitts. Die Entwicklung der zweiten Hälfte ist demnach positiv zu bewerten, jedoch hat die bereits erwähnte doppelte Herausforderung der Regionalpolitik, d.h. Überwindung des allgemeinen Entwicklungsrückstands sowie Abschwächung der regionalen Disparitäten, nichts geändert.

Die Veränderungen zu Beginn der 1990er Jahre haben in Ungarn die Regionalpolitik stärker in den Vordergrund gestellt. Das spiegelt sich in der durch die Politik betroffenen Bevölkerung und im Wachstum der (doch immer noch nicht ausreichenden) Finanzmittel für die Regionen wider. Die Zahlen belegen diese Tendenz klar. In der Periode 1985–1990 betrugen die finanziellen Zuwendungen für Regionalpolitik nur 0,05% des BIP, und 4% der Bevölkerung wurden durch diese Politik betroffen. Zwischen 1991–1995 haben sich die obigen Indikatoren auf 0,2% bzw. 17% erhöht.

Die Finanzierung blieb bis Mitte der 1990er Jahre grundsätzlich zentral, aber bereits seit Beginn des Jahrzehntes haben diskretionäre Anreize eine immer größere Rolle gespielt. Die Definition der Zielgruppe der Förderung ist konkreter geworden (u.a. unterentwickelte Siedlungen), und der Verantwortungsbereich zur Verwirklichung der Programme wurde mit Stärkung der lokalen Verwaltung dieser Veränderung angepasst. Die vorrangigen Förderbereiche sind insofern auch nicht mehr dieselben wie zuvor, als die Bedeutung der Infrastruktur zu Lasten der Industrie zunahm (im Einklang mit der Verstärkung der regionalen bzw. lokalen Ebene). Wichtige Veränderungen spiegeln sich auch darin wider, dass neben (mittlerweile sogar statt) zentralen Planungsvorhaben immer mehr Projektplanungen eine wichtigere Rolle spielen. Programmierung (d.h. mehrjährige Planungen, die nach der projektorientierten Entwicklung den nächsten Schritt in der Veränderung der Regionalpolitik bedeuten können) spielte bis Mitte der 1990er Jahre keine Rolle.

Im Jahr 1996 veränderten sich die Rahmenbedingungen der ungarischen Regionalpolitik grundsätzlich. Das Gesetz über die territoriale Ordnung und regionale Entwicklung (Gesetz XXI/1996) dezentralisierte die Verwaltungsstrukturen und erhöhte damit den Grad der EU-Kompatibilität in mehrfacher Hinsicht. Das Gesetz hat die Regionalpolitik auf neue Grundlagen gestellt und definierte die Aufgaben ihrer verschiedenen Akteure. Auf zentraler Ebene schufen die neuen gesetzlichen Regelungen den Nationalen Rat für Regionale Entwicklung und neue Institutionen (Regionale Entwicklungsräte, Territoriale Entwicklungsräte der Komitaten, Assoziierungen der Munizipalitäten) für die Realisierung regionaler Entwicklungsziele. Die finanziellen Instrumente der territorialen Entwicklungspolitik wurden auf zentrale und regionale Quellen aufgeteilt (zu jeweils 50% auf die mit territorialer Entwicklung verbundenen Titel des Budgets). Das Gesetz hat auch die Grundlage für die Etablierung eines regionalen Informationssystems geschaffen.

Nach 1996 ist die Programmierung (siehe Anhang) ein wesentliches Element der regionalen Politik geworden. Das neue Gesetz hat bezüglich der Programmierung eine Hierarchie verschiedener Entwicklungspläne eingeführt (Konzept für territoriale Entwicklung; regionale Entwicklungsprogramme; Raumordnungspläne). Für die Vorbereitung der Pläne auf den verschiedenen Verwaltungsebenen (Land, Region, Komitat, Kreis, Munizipalität) sind die jeweiligen Verwaltungsorgane und Institutionen (Ministerium für Landwirtschaft und Regionale Entwicklung, Nationaler Rat für Territoriale Entwicklung, Regionale Entwicklungsräte, Territoriale Entwicklungsräte der Komitaten, und die Munizipalitäten) verantwortlich. Die Rolle der Regierung bei der Formulierung der Entwicklungsprogramme ist immer noch stark (auch auf der regionalen und Komitatebene). Daraus entsteht durchaus die potentielle Gefahr, dass die Programmierung zum Instrument der Zentralisierung werden könnte. Wie später noch gezeigt wird, bergen auch die Verwaltungsstrukturen bezüglich der Nutzung der EU-Transfers potentiell eine solche Gefahr.

Ab 1996 haben sich das Ziel und das Objekt der Regionalpolitik insofern geändert, als strukturelle Transformation und Innovation in den Vordergrund traten. Das hat sich auch in einer größeren Wirksamkeit der Regionalpolitik widerspiegelt. Seit 1996 sind Problemregionen vorrangige Förderziele, wodurch sich auch der Anteil der durch die Regionalpolitik betroffenen Bevölkerung erhöhte. Die Finanzmittel für Regionalpolitik erreichten 0,3–0,5% des BIP, und der Anteil der durch sie geförderten Bevölkerung hat sich auf über 30% erhöht.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung EU-Kompatibilität war der Beschluss 35/1998 des ungarischen Parlamentes über das nationale Konzept der territorialen Entwicklung. Auf der Basis dieses Beschlusses wurden die sieben (statistischen und Planungs-) Regionen festgelegt, die den EU-Planungsregionen NUTS-2 entsprechen. Die Debatte über die Regionalreform ist bezüglich der Region Mittelungarn (bestehend aus Budapest und Komitat Pest) immer noch nicht abgeschlossen. Als alternative Lösungen werden immer wieder eine größere Region oder im Gegensatz dazu die Bildung einer NUTS-2 Region Budapest ins Spiel gebracht. Im Jahr 1999 wurde das Gesetz XXI/1996 über die territoriale Ordnung und regionale Entwicklung modifiziert. Damit wurden die regionale Ebene und deren rechtliche Rahmenbedingungen (der sieben statistischen und

Planungsregionen) gestärkt sowie einige Elemente des institutionellen und finanziellen Systems geändert.

Der wesentliche Fortschritt Ungarns im Bereich der Regionalpolitik wurde auch von der Europäischen Union anerkannt. Dies gilt sowohl bezüglich Form und Umfang der Finanzierung (nach einer im Durchschnitt ca. 10-fachen Steigerung immer noch nur 0,3–0,5% des BIP) und der verantwortlichen Institutionen zur Durchführung der Politik (Territorialer Entwicklungsrat), als auch hinsichtlich der begünstigten Branchen (verarbeitende Industrie, geschäftliche Dienstleistungen, Innovation). Doch ist der Grad der EU-Kompatibilität auch nach diesen deutlichen Verbesserungen in mehreren Aspekten relativ niedrig geblieben. Daneben sind einige Fragen der praktischen Politikimplementierung noch offen. Diesbezügliche Kritik ist neben den erwähnten positiven Bewertungen auch in den Länderberichten der Europäischen Kommission zu finden. Die wesentlichsten Schwachpunkte des Systems können in den folgenden Punkten zusammengefasst werden (mögliche Verbesserungen werden im Kapitel 3 diskutiert):

- Die Aufgaben der verschiedenen Ebenen sind immer noch nicht klar genug definiert; das Ergebnis ist manchmal die Überlappung von Kompetenzen bzw. parallelen Aufgaben.
- Die Vertreter der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Kreise sind nach der Veränderung des Gesetzes XXI/1996 im Jahr 1999 nicht in den Entwicklungsräten der Regionen bzw. der Komitate repräsentiert; das reduziert die Möglichkeit der Kooperation der Akteure.
- Die Aktivierung der Finanzquellen des Privatsektors ist nicht gelungen. Ein wichtiger Grund dafür ist die immer noch hohe Prädeterminierung (durch das Ministerium) der "dezentralisierten" öffentlichen Finanzquellen.
- Die Bedeutung der Regionalentwicklung ist auch im Kreis der potentiellen Akteure immer noch nicht genügend anerkannt. Dies ergibt sich teilweise aus der Tatsache, dass auf Regierungsebene die Regionalentwicklung, die Entwicklung der Provinz und der Landwirtschaft in den Planungsvorgängen sowohl im Ministerium für Landwirtschaft und als auch im Ministerium für Regionale Entwicklung gemeinsam behandelt werden.
- Auf der lokalen und Kreisebene sind (wegen Humankapitalproblemen) Managementprobleme offenkundig, worunter auch die nötige Koordinierung mit den anderen Ebenen leidet.

1.3 Allgemeine Rahmenbedingungen der EU-Vorbeitrittshilfe in Ungarn ab 2000

Die schon im Entwurf für die Agenda 2000 enthaltene Rubrik "Hilfe zur Vorbereitung auf den Beitritt" wurde als Ergebnis des Europäischen Rates in Berlin am 24./25. März 1999 in die finanzielle Vorschau der EU-15 für die Periode 2000–2006 integriert. Diese für die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten vorgesehene Hilfe (auch Vorbeitritts- oder Heranführungshilfe genannt) hat drei Elemente:

- Heranführungshilfe für die Landwirtschaft: SAPARD (Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development) ab 2000: jährlich € 520 Mio. (in Preisen von 1999).
- Ein strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt: ISPA (Instrument for Structural Policies Pre-Accession) ab 2000: jährlich € 1.040 Mio. (in Preisen von 1999).
- Die Verlängerung des bereits seit 1990 laufenden PHARE-Programms: ab 2000 jährlich € 1.560 Mio. (in Preisen von 1999).

Die Beträge für die Beitrittsländer (siehe Tabelle A1) wurden im Sommer 1999 von der Europäischen Kommission veröffentlicht. Während die projektierten Mittel für Ungarn im Rahmen von PHARE und ISPA den Erwartungen entsprachen, wurde der Betrag im Rahmen von SAPARD eher als eine negative Überraschung bewertet.⁶

TABELLE A1

Vorbeitrittshilfe für die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten
(jährliche Beträge ab Jahr 2000, Mio. €, in Preisen von 1999)

Beitrittskandidaten	PHARE Nat. Programme	ISPA Minimum*	ISPA Maximum*	SAPARD
Bulgarien	100	83,2	124,8	52,1
Tschechische Republik	79	57,2	83,2	22,1
Estland	24	20,8	36,4	12,1
Ungarn	96	72,8	104,0	38,1
Lettland	30	36,4	57,2	21,8
Litauen	42	41,6	62,4	29,8
Polen	398	312,0	384,8	168,7
Rumänien	242	208,0	270,4	150,6
Slowakische Republik	49	36,4	57,2	18,3
Slowenien	25	10,4	20,8	6,3
TOTAL	1 085	1 040		520,0

* Im Fall von ISPA ermöglichen die Bände eine flexiblere Verwendung der Beträge (die minimale Größe eines ISPA Projektes ist 5 Mio. €).

Quelle: European Commission: Working for the regions, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg, 2001, p. 17.

⁶ Auf die bisherigen Erfahrungen bzw. konkreten Probleme mit den einzelnen Programmen in Ungarn wird im Kapitel 2 eingegangen.

Im Management der Programme PHARE, ISPA und SAPARD spielen mehrere Ministerien eine Rolle. Die allgemeine Koordinierung fällt in die Zuständigkeit (in allen drei Programmen) des Ministers ohne Portfolio (zuständig für die Durchsetzung des PHARE Programms). Nach dem EU-Beitritt wird die allgemeine Koordinierung der Struktur- und Kohäsionsfonds zum Wirtschaftsministerium gehören. Die Verantwortung für regionale Wirtschaftsentwicklungsprogramme im Rahmen des PHARE-Programmes trägt das Ministerium für Landwirtschaft und Regionale Entwicklung. Nach dem EU-Beitritt wird dieses Ministerium für die ERDF, d.h. Regionalfonds (European Regional Development Fund), verantwortlich sein. Für regionale Programme zur Förderung des Humankapitals im Rahmen des PHARE-Programmes tragen mehrere Ministerien – Wirtschaftsministerium, Ministerium für Unterrichtswesen, Ministerium für Sozial- und Familienwesen – die Verantwortung; dieselben Ministerien werden nach dem EU-Beitritt für die ESF (European Social Fund) verantwortlich sein. Das Ministerium für Umwelt ist vor dem Beitritt für die Umweltprogramme im Rahmen des ISPA-Programmes verantwortlich, während die Verkehrsprogramme im Rahmen des ISPA-Projektes zum Ministerium für Verkehr und Wasserordnung gehören. Die beiden Ministerien werden nach dem EU-Beitritt Ungarns die Verantwortung für den Kohäsionsfonds miteinander teilen. Das SAPARD-Programm gehört zum Ministerium für Landwirtschaft und Regionale Entwicklung; dieses Ministerium wird nach dem Beitritt für den EAGGF (European Agricultural Guidance and Guarantee Fund) verantwortlich sein.

Der Monitoringprozess für die drei Vorbeitrittsprogramme wird von einem Nationalen Monitoring-Komitee durchgeführt. Die finanzielle Abwicklung der Programme obliegt dem ungarischen Fiskus in Form des Finanzministeriums (in dessen Rahmen der den Erwartungen der EU entsprechende Nationalfonds eingerichtet wurde). Bei der technischen Koordinierung der Programme und Verträge spielt auch die nach EU-Vorschriften eingerichtete CFCU (Central Financing and Contracting Unit) eine entscheidende Rolle. Die interne Kontrolle gehört zum Regierungskontrollamt, die externe Kontrolle wird vom Staatlichen Rechnungshof ausgeübt.

2. Ungarische Erfahrungen mit der Vorbeitrittshilfe

2.1. PHARE

In den ersten zehn Jahren des PHARE-Programms wurden in Ungarn ca. 140 verschiedene Programme gefördert. Alle diese Programme teilten sich in mehrere Projekte und Aktivitäten auf, deren Gesamtzahl sich auf mehrere Tausend beläuft (eine genaue allgemeine Datenbasis gibt es nicht). Die geförderten Programme zeigen einen hohen Grad an Vielfältigkeit. Über eine Summe von mehr als € 100 Mio. (Verpflichtungen) wurden zwischen 1990–1999 die Bereiche Wirtschaftsentwicklung, Unterricht, Forschung und Entwicklung, Umwelt- und Energie, Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Infrastruktur gefördert (die Verpflichtungen zwischen 1990–1999 machen € 1.040, 27 Mio. aus).

Das PHARE-Programm konzentrierte sich in den ersten Jahren auf den Transformationsprozess und förderte weitgehend unterschiedliche Einzelprogramme und -bereiche.

Der Europäische Rat von Essen im Jahr 1994 entschied, PHARE in eine finanzielle Säule der Vorbeitrittsstrategie zu transformieren. Diese Entscheidung hatte auch die Konsequenz, daß danach Investitionsprojekte zunehmend von PHARE gefördert wurden (früher war deren Anteil relativ niedrig, weil sich PHARE in den ersten Jahren auf technische Hilfe konzentrierte).

Der Vorbeitrittscharakter von PHARE wurde nach Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahr 1998 weiter verstärkt. Aufgrund der Neuorientierung des Programms, die nicht nur institutionelle Reformen mit sich brachte (und dadurch die Effizienz des Programms wesentlich erhöhte), sondern auch die prioritären Förderungsbereiche verändert hat, kann PHARE für das Jahr 2000 als ein wirkliches Vorbeitrittsinstrument und als ein Vorläufer der Strukturfonds angesehen werden. Diese Tendenz ist auch in der Übersicht der Entwicklung des PHARE-Programms in Tabelle A2 klar erkennbar.

TABELLE A2

Die Entwicklungsperioden des PHARE-Programms

Periode	Charakteristika
1989–1992	<ul style="list-style-type: none"> • Schnelle Reaktionen auf drängende Probleme • Notwendigkeit der Flexibilität • Mangel an Planungskapazität und an völlig ausgearbeiteten Projekten • Wichtige Rolle ausländischer Berater, Focus auf technische Hilfe • Steigende Anzahl der Betroffenen, steigende Vielfältigkeit der geförderten Ziele
1993–1997	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Akzent auf EU-Integration • Bedarf an mehr Investitionen • Mangel an Konzentration – Dispersion der Fonds • Versuch der Einführung mittelfristiger Planung • Neue, komplexere Planungsmethodologie
1998–1999	<ul style="list-style-type: none"> • Nur beitriffsbezogene Projekte • Teilweise uniformisierte Verfahren • Verstärkung der heimischen Koordinierung in den betroffenen Ländern (graduell steigende Kompetenz der EU-Delegationen)
2000–	<ul style="list-style-type: none"> • Zwei neue Vorbeitrittsinstrumente neben PHARE • Mehr Akzent auf Regionalentwicklung in PHARE • Vorbereitung für die EU-Strukturpolitik • Dezentralisierung der Ausführung zu den Nutznießer der Programme

Quelle: Heil, Péter: PHARE in Hungary. The Anatomy of a Pre-Accession Aid Programme 1990–1999, Ph.D. thesis, manuscript, Budapest University of Economic Sciences and Public Administration, 2000, S. 90.

Seit 1998 konzentriert sich PHARE strikt auf die beitriffsbezogene Programmierung der Förderungen: nur Projekte, die den Beitritt des Landes in ihren Aspekten direkt erleichtern, können von PHARE finanziert werden. Obwohl die ex ante Genehmigung der Programme von der Europäischen Kommission immer noch nötig ist (die Dezentralisierung ist immer noch nur partiell), haben einige Veränderungen zur Vereinfachung der Verwendung der Transfers beigetragen. Nach den jetzt allgemeingültigen Regeln (mit Ausnahmen, wie z.B.: Trainings, lokale Projekte) soll der Umfang der Verträge mindestens € 2 Mio. erreichen: damit würde sich die Anzahl der Programmkomponenten (Verträge) wesentlich reduzieren.

Die Kommission hat ihren Vertretungen in den Ländern ("EU-Botschaften") mehr Verantwortung übertragen: diese können die meisten Verträge unter € 5 Mio. ohne Konsultationen mit Brüssel billigen. Das hat zur einfacheren und schnelleren Lösung von Problemen wesentlich beigetragen. Die regelmäßigen Kontakte haben auch zu einer deutlichen Verbesserung der Kooperation zwischen der EU-Delegation und den heimischen Regierungsbeamten geführt.

Der Vorbereitungsgrad der Programme ist auch höher geworden: Seit 1998 müssen die Projekte im Moment der Vorbereitung (d.h. in allen technischen Einzelheiten) reif für die öffentliche Tenderschreibung sein. Parallel dazu wurde die maximale Laufzeit aller PHARE-Projekte von 4 auf 3 Jahre reduziert. Die während 36 Monaten nicht genutzten Fördermittel müssen an die Europäische Kommission zurückgezahlt werden. Diese Veränderungen bieten natürlich für alle Seiten einen Anreiz, die Finanzmittel effizienter zu verwalten.

Auch wenn das PHARE-Programm im ganzen immer noch als zu langsam und zu bürokratisch angesehen werden kann, haben diese Veränderungen zur besseren Nutzung des zur Verfügung stehenden Finanzrahmens wesentlich beigetragen. Die Einrichtung der CFCU (Central Financing and Contracting Unit) statt der bisher dominierenden PMU (Programme Management Units) und die Einsetzung des Nationalfonds zur Abwicklung aller EU-Fonds haben das Management von PHARE in Ungarn deutlich verbessert. Die Verbesserung der Ergebnisse spiegelt auch die Erfahrungen wider, die man in den ersten Jahren mit dem ungewohnten und für Ungarn zunächst unflexiblen (bis Ende der 1990er Jahre auch den Strukturfonds nicht ähnlichen) PHARE-Programm gemacht hatte.

Hier ist anzumerken, daß die Veränderungen ab 2000 zwar zu einer Dezentralisierung für die Beitrittsländer führten, gleichzeitig aber Zentralisierungstendenzen innerhalb der betroffenen Ländern bewirkten (CFCU statt der PMUs). Es ist verständlich, daß die EU eine klare institutionelle Struktur und an deren Spitze einen kompetenten Ansprechpartner (und nicht mehrere Partner nebeneinander) verlangt. Wie im Falle der CFCU können solche Veränderungen positive Effekte haben, sie können aber gleichzeitig die Entwicklung der langsam im Aufbau befindlichen und für die Strukturfonds sehr wichtigen regionalen Ebene verlangsamen bzw. verhindern. In Ländern, in denen die zentrale Ebene traditionell stark ist, und die regionale Ebene keine Tradition hat, können solche Schritte potentiell als Anreiz für die Beibehaltung und sogar Ausweitung der Kompetenzen der Zentralebene gesehen werden.

2.2. ISPA

Die Jahresbeträge für Ungarn im Rahmen von ISPA machen durchschnittlich 88 Mio. € aus. Jeweils 50 Prozent dieser Summe sind für Verkehrs- bzw. Umweltprojekte einzusetzen. Da es sich in diesen Fällen um mehrjährige Projekte handelt, genehmigte die EU schon Projekte, deren Gesamtausgabe die Jahresgrenze überstieg. Einige Angaben zu den bisher genehmigten (und bereits begonnenen) Projekten zeigen die Tabellen A3 und A4.

Die durch ISPA geförderte Modernisierung der Eisenbahnlinien sind Teil der wichtigsten Verkehrsachsen Ungarns nach Ost, West und Süd. Gleichzeitig sind sie wichtige internationale Transitverbindungen: die Linien Hegyeshalom–Győr–Budapest und Budapest–Szolnok–Lőkösháza sind Teile des IV. Paneuropäischen Korridors, während die Linie Boba–Zalaegerszeg–Zalalövő zum V. Paneuropäischen Korridor gehört. Eine Förderung dieser Verbindungslinien liegt deshalb auch unmittelbar in europäischem Interesse.

In den ursprünglichen Plänen Ungarns für die Verwendung der ISPA-Förderungen standen neben Eisenbahnlinienmodernisierung auch Autobahnprojekte. Die Regierung hat aber entschieden, daß sie für diese Projekte keine offene Tenderschreibung organisiert (der vermeintliche Grund dafür war die Absicht der Regierung, heimischen Unternehmen den Vorzug zu geben). Ohne Tenderschreibung könnten diese Projekte aber nicht ISPA-förderungsfähig sein, weshalb die Regierung diese Projekte zurückgenommen hat. Abgesehen von den Eisenbahnprojekten ist nur ein kleines Projekt übriggeblieben, um später das Straßennetz zu modernisieren. Im einzelnen sollen die technischen Voraussetzungen zur Einführung von EU-Normen für die Tragfähigkeit der Straßen (11,5 Tonnen pro Achse) auf einigen auch für den Transitverkehr wichtigen Strecken (insgesamt ca. 470 km) geschaffen werden.

Im Focus der Umweltprojekte stehen Programme in den Bereichen Abwasser bzw. Müll (Sammlung und Behandlung). Diese Programme werden im Gebiet einiger der größten Agglomerationen Ungarns verwirklicht. Die durch ISPA gestalteten Einrichtungen verbessern deutlich die in den betroffenen Gebieten heute existierenden Strukturen, und spielen eine wichtige Rolle dabei, dass Ungarn die Vorschriften im Umweltbereich (Anhang I und II der EU-Direktive 85/337 [97/11]) so früh wie möglich erfüllen kann. Ein besonders bedeutendes Projekt ist die Weiterentwicklung der Abwassersammlung und -behandlung in Budapest, das ungefähr der Hälfte der Budapester Bevölkerung zugute kommt und wodurch 58% der Abwässer der Stadt gesammelt bzw. gereinigt werden. Die Gesamtkosten der technischen Hilfe für dieses Projekt betragen ca. € 2,1 Mio., das Projekt selbst wird aber eine der größten Investitionen (wenn nicht *die* größte Investition) dieser Art in Mittel- und Osteuropa sein: die Gesamtkosten können sogar mehr als € 200 Mio. betragen.

TABELLE A3

Durch ISPA 2000 in Ungarn geförderte Verkehrsprojekte

<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung der Eisenbahnlinie Budapest–Cegléd–Szolnok–Lökösháza <p>Gesamtkosten: € 126 850 437 Davon ISPA-förderungsfähig: € 126 000 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 63 000 000 (50%) Kofinanzierungsquellen: Für weitere 40% der Kosten: provisorische Vereinbarung mit der European Investment Bank (EIB), Restsumme (10%): ungarisches Regierungsbudget.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung der Eisenbahnlinie Hegyeshalom–Győr–Budapest <p>Gesamtkosten: € 87 662 000 Davon ISPA-förderungsfähig: € 85 988 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 42 994 000 (50%) Kofinanzierungsquellen: Für weitere 40% der Kosten: provisorische Vereinbarung mit der European Investment Bank (EIB), Restsumme (10%): ungarisches Regierungsbudget.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung der Eisenbahnlinie Boba–Zalaegerszeg–Zalalövö <p>Gesamtkosten: € 169 399 301 Davon ISPA-förderungsfähig: € 167 390 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 83 695 000 (50%) Kofinanzierungsquellen: Für weitere 40% der Kosten: provisorische Vereinbarung mit der European Investment Bank (EIB), Restsumme (10%): ungarisches Regierungsbudget.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Technische Hilfe für die Tendarausschreibung der Eisenbahnprojekte <p>Gesamtkosten: € 158 100 Davon ISPA-förderungsfähig: € 158 100 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 118 575 (75%) Kofinanzierungsquellen: ungarisches Regierungsbudget</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Technische Hilfe für die Modernisierung der Eisenbahnlinie Budapest–Szolnok–Lökösháza <p>Gesamtkosten: € 200 000 Davon ISPA-förderungsfähig: € 200 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 150 000 (75%) Kofinanzierungsquellen: ungarisches Regierungsbudget</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Technische Hilfe für die Modernisierung des Straßennetzes <p>Gesamtkosten: € 200 000 Davon ISPA-förderungsfähig: € 200 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 150 000 (75%) Kofinanzierungsquellen: ungarisches Regierungsbudget</p>

Quelle: www.inforegio.cec.eu.int/wbpro/ispa/hunga_en.htm

TABELLE A4

Durch ISPA 2000 in Ungarn geförderte Umweltprojekte

<ul style="list-style-type: none"> • Győr: Abwasserbehandlungsanlage <p>Gesamtkosten: € 18 400 000 Davon ISPA-förderungsfähig: € 14 500 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 7 250 000 (50%) Kofinanzierungsquellen: Weitere 39,7%: zentrales Regierungsbudget, 10,3%: Budget der lokalen Verwaltung.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Komitat Hajdú-Bihar: selektive Müllsammlung und Müllbehandlungssystem <p>Gesamtkosten: € 23 810 000 Davon ISPA-förderungsfähig: € 18 738 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 14 054 000 (75%) Kofinanzierungsquellen: Weitere 25%: zentrales Regierungsbudget, 8%: Budget der lokalen Verwaltung.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Szeged: regionales Müllbehandlungsprogramm <p>Gesamtkosten: € 15 997 546 Davon ISPA-förderungsfähig: € 12 797 930 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 8 318 654 (65%) Kofinanzierungsquellen: Weitere 25%: zentrales Regierungsbudget, 10%: Budget der lokalen Verwaltung; Verhandlungen über die Kofinanzierung mit der European Investment Bank (EIB).</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Szeged: Abwassersammelungs- und -behandlungsanlage <p>Gesamtkosten: € 84 051 250 Davon ISPA-förderungsfähig: € 66 650 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 33 325 000 (50%) Kofinanzierungsquellen: Weitere 35%: zentrales Regierungsbudget, 15%: Budget der lokalen Verwaltung; Verhandlungen über die Kofinanzierung mit der European Investment Bank (EIB).</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Szolnok: Müllbehandlungssystem <p>Gesamtkosten: € 14 522 000 Davon ISPA-förderungsfähig: € 10 280 000 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 7 196 000 (70%) Kofinanzierungsquellen: Weitere 20%: zentrales Regierungsbudget, 10%: Budget der lokalen Verwaltung; Verhandlungen über die Kofinanzierung mit der European Investment Bank (EIB).</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Budapest: technische Hilfe für die Weiterentwicklung der Abwassersammlung und -behandlung <p>Gesamtkosten: € 2 096 200 Davon ISPA-förderungsfähig: € 2 096 200 ISPA-Finanzierung (Anteil): € 1 572 150 (75%) Kofinanzierungsquellen: ungarisches Regierungsbudget.</p>

Quelle: www.inforegio.cec.eu.int/wbpro/ispa/hunga_en.htm

Im Falle der drei großen Verkehrsprojekte (Modernisierung der Eisenbahnlinien – siehe Tabelle A3) liegt der Anteil der ISPA-Finanzierung bei 50% der förderungsfähigen Kosten und bei 75% in den Fällen von technischer Hilfe; für die verbleibende Summe ist staatliche Finanzierung bzw. EIB-Kredit vorgesehen. Bei den Umweltprojekten ergibt sich ein etwas anderes Bild. Der Finanzierungsanteil von ISPA beträgt 50% bis 75% der förderungsfähigen Kosten. Der verbleibende Finanzierungsbedarf wird (mit Ausnahme der technischen Hilfe für das Budapester Projekt) zwischen dem zentralen Regierungsbudget und dem Budget der lokalen Verwaltungen geteilt; in einigen Fällen sind auch EIB-Kredite in Aussicht.⁷

Auch ist der ISPA-Finanzrahmen für 2001 gedeckt. Die EU billigte im Oktober und November 2001 fünf neue Umweltprojekte: Die Müllbeseitigungsanlage im Großraum zwischen Donau und Theiss (ISPA-Förderung: € 11,869 Mio.), die Trinkwasserbasischutz- und Abwasseraufbereitungsprogramme der Stadt Pécs (ISPA-Förderung: € 10,853 Mio.), das Müllbeseitigungsanlage im Tal von Sajó und Bódva (Nordungarn; ISPA-Förderung: € 6,364 Mio.), sowie diejenige am Theiss-See (ISPA-Förderung: € 4,884 Mio.) und die Abwasseraufbereitungsprogramme der Stadt Sopron (ISPA-Förderung: € 9,341 Mio.). Im Bereich Verkehr wurde das Projekt für die Verstärkung der Lasttragfähigkeit (um die EU-Regelungen von 11,5 Tonnen pro Achse erfüllen zu können) auf einer 158 km langen Straße (Nyékládháza-Tornyosnémeti, Debrecen-Nyékládháza) im Oktober 2001 von der EU gebilligt. Dieses Projekt und die Fortsetzung der im Rahmen für 2000 bereits erwähnten Eisenbahnprojekte decken die andere Hälfte des ISPA-Rahmens für Ungarn für das Jahr 2001. Im nächsten Finanzrahmen (2002) können die Verstärkungsarbeiten auf weiteren 311 km fortgesetzt werden.

Die Tatsache, daß Ungarn im Rahmen der von ISPA geförderten Projekte eine hohe Qualität aufweist, wurde im Länderbericht im Jahr 2001 der Europäischen Kommission positiv bewertet. Das Volumen dieser Projekte erfordert eine mehrjährige Planung und wegen der Größe der Projekte (Minimum € 5 Mio.) ist eine ex ante Genehmigung der EU auch nötig. Der Erfolg Ungarns im Bereich der ISPA-Förderung ist auch deswegen erfreulich, weil nach dem Systemwechsel das Wort "Planung" für einige Jahre einen eher negativen Beigeschmack hatte. In diesem Sinne ist ISPA ein besonders wichtiger Vorläufer der künftigen Transfers im Bereich der Strukturfonds.

2.3. SAPARD

Das nationale SAPARD-Programm wurde von der EU im September 2000 gebilligt. Die drei Prioritäten des Programms sind folgende:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden industriellen Branchen;

⁷ Im Rahmen von ISPA können ohne Kofinanzierung nur Vorstudien bzw. Assistenz von Experten finanziert werden; diese Kosten dürfen höchstens 2% der Gesamtkosten des Projektes ausmachen. Bei SAPARD ist Kofinanzierung nur im Falle von technischer Hilfe nicht nötig.

- Forcierung des Umweltschutzes;
- Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der ländlichen Gebiete.

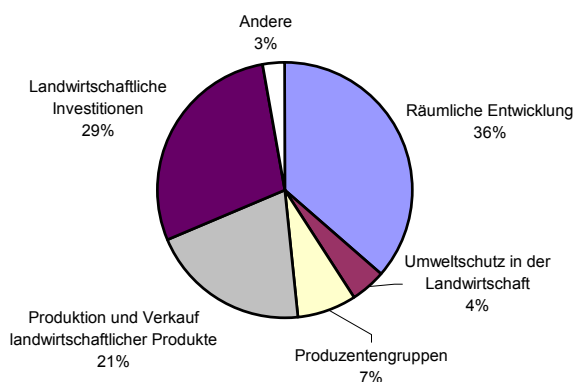
Innerhalb dieser Prioritäten wurden sechs spezifische Ziele definiert:

- Die Erfüllung der Kriterien der EU in den folgenden Bereichen: Nahrungsmittelsicherheit, Hygiene, Umwelt und Tierschutz;
- Die Erhöhung des Anteils von Produkten höherer Qualität und höheren Verarbeitungsgrades;
- Die Verringerung der Umweltbelastung
- Die Förderung der Kooperation der Produzenten für den Marktzugang;
- Die Errichtung 25 000 stabiler (extra) Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen;
- Die Förderung der Regionen in der Beibehaltung ihrer Bevölkerung.

Die Verteilung der im Rahmen des SAPARD-Programms künftig zur Verfügung stehenden Finanzquellen ist in Abbildung 1 dargestellt.

SCHAUBILD A1

Die Verteilung der SAPARD-Finanzquellen in Ungarn nach Tätigkeitsbereichen (%)



Quelle: Ministerium für Landwirtschaft und Regionale Entwicklung, in: Figyelő, 2001. május 3–9., p. 16.

Trotz der langen Vorbereitungen und trotz der im März 2001 mit der EU unterschriebenen finanziellen Vereinbarung (für 2001 und für 2000–2006) gibt es immer noch zahlreiche Probleme mit SAPARD in Ungarn. Wegen dieser Probleme ist Ungarn immer noch weit davon entfernt, die im Rahmen von SAPARD zur Verfügung stehenden Finanzmittel ausschöpfen zu können. Die wichtigste Ursache hierfür ist die ständige Verschiebung der Akkreditierung der ungarischen SAPARD-Agentur. In dieser Frage wurde zwischen Mitte 2000 und Mitte 2001 kein wesentlicher Fortschritt erreicht, und obwohl der Prozess sich in den nächsten Monaten beschleunigen dürfte, kann die Verwendung der SAPARD-Mittel für das Jahr 2000 bereits gefährdet sein. Dies ist auch deshalb zu erwarten, weil die Akkreditierung trotz ihrer Einleitung noch mehrere Monate in Anspruch nehmen wird. In diesem Bereich sind deshalb noch größere Anstrengungen notwendig.

3. Bisherige Erfahrungen und weitere Reformschritte

Die allgemeine Beurteilung der Erfahrungen beruht im wesentlichen auf dem PHARE-Programm, da ISPA sowie SAPARD noch sehr jung sind, und SAPARD in Ungarn immer noch nicht funktionsfähig ist. Jedoch scheint es so, dass die Beurteilungen des PHARE-Programms und die Lehren daraus auch im Kontext der beiden neuen Vorbeitrittsprogramme von Bedeutung sind.

Zunächst kann die Frage gestellt werden, ob diese Instrumente die notwendigen Veränderungen bzw. Modernisierungsziele in Ungarn effizient unterstützen. Bezüglich des PHARE-Programms fällt die Antwort positiv aus. Schon nach den ersten Jahren und besonders jetzt in der Vorbeitrittsphase wurden wichtige Erfahrungen hinsichtlich der technischen und administrativen Vorbereitung für die Strukturfonds gemacht. In diesem Sinne sind auch frühere negative Erfahrungen aufschlussreich.

So stützen sich wichtige Erfahrungen darauf, dass PHARE von den Nutznießern des Programms ein schnelles, konzentriertes und flexibleres Programm erwartet hat. Stattdessen implementierte man das Programm insgesamt zu langsam, nicht fokussiert genug und zu unflexibel. Genau diese problematischen Punkte könnten aber langfristig insofern die wertvollsten Erfahrungen des PHARE-Programms sein, als sie der ungarischen Verwaltung zum ersten Mal die Möglichkeit der direkten Kooperation mit der EU (und mit den damit verbundenen Problemen wie asymmetrische Beziehungen, d.h. ungleiche Machtposition zwischen den Partnern bzw. Probleme in der Anpassung an den von außen gegebenen Rahmen bzw. Regelungen, unflexible und langsame Bürokratie, die Position des schwächeren Partners) gegeben haben. PHARE hat auch (teilweise durch die kritische Bewertung der Tätigkeit ausländischer Experten) die Bedeutung von qualifizierten heimischen Fachleuten und Managern klar demonstriert.

Als typische Beispiele für mangelnde Flexibilität entpuppten sich Maßnahmen, mit denen Ungarn eigentlich seine Vorbeitrittsanstrengungen gegenüber den Plänen der Europäischen Kommission beschleunigen wollte. Bei der Etablierung des Nationalfonds (Fonds für die technische, finanzielle Abwicklung der Transfers) wollte die EU nicht

akzeptieren, dass in Ungarn das bereits existierende Schatzamt fast genau dieselben Funktionen erfüllt: es musste daher eine neue Institution entstehen. Der Fall der Monitoring Committees war ähnlich gelagert: Ungarn begann diese Einheiten aufzubauen, als sie noch keine Vorschrift des PHARE-Programms waren. Später, als die EU den Aufbau eines Joint-Monitoring-Committees verlangte, wurden die zuvor von ungarischer Seite aufgebauten Institutionen eher als ein Problem gesehen. Die Geschichte des Nationalen Entwicklungsplans gestaltete sich ähnlich: Ungarn hat die Arbeit an einem solchen Plan bereits 1997 begonnen, die EU verknüpfte jedoch die Erstellung eines vorläufigen Nationalen Entwicklungsplans mit einer Reform des PHARE-Programms im Jahr 1999. Diese Fälle haben zu kurzfristigen Störungen in den Vorbereitungen zum EU-Beitritt nur deshalb geführt, weil von Seiten der EU die bereits bestehenden institutionellen Fortschritte nicht anerkannt wurden. So entstanden gravierende langfristige Probleme. Dennoch beweisen diese Erfahrungen die Bedeutung eines möglichst flexiblen Verfahrens sowohl seitens der EU als auch seitens der Beitrittsländer.

Die Frage nach den finanziellen Absorptionskapazitäten Ungarns kann zumindest vorläufig hinsichtlich der in der Agenda 2000 geplanten strukturellen Transfers beantwortet werden. Obwohl die konkrete Höhe der für Ungarn vorgesehenen Mittel noch nicht bekannt ist, erscheinen die für das Jahr 2006 geplanten jährlichen Beträge (für die in der Agenda 2000 sechs Länder) realistisch. Bei dieser Größenordnung werden - trotz der in einigen Bereichen notwendigen Verbesserungen - wahrscheinlich keine Engpässe bezüglich der Kofinanzierung in Ungarn auftreten. Die ersten Erfahrungen mit ISPA und die Wachstumsaussichten Ungarns geben Anlass für eine optimistische Einschätzung. Ein wichtiger Verbesserungsvorschlag wäre die Einbeziehung des Privatsektors in die Kofinanzierung. Auch wäre es sinnvoll, zukünftig nicht von öffentlichen Tenderschreibungen bei Großinvestitionen abzuweichen (das Beispiel der Autobahnprojekte wurde im Länderbericht der Europäischen Kommission im Jahr 2001 explizit als ein zu korrigierendes Element erwähnt). Neben der finanziellen Seite hat die höhere Absorptionskapazität auch institutionelle Vorbedingungen: die Stärkung der (bereits existierenden) Institutionen auf der regionalen Ebene ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

Im institutionellen Bereich zeichnen sich in den letzten Jahren positive Tendenzen ab. Im Rahmen von PHARE konnte eine wesentliche Verbesserung der Verwaltung und Abwicklung der Programme erreicht werden. Hierzu haben neben der Bildung des Humankapitals auch strukturelle Veränderungen (sowohl auf der Seite Ungarns, als auch auf der Seite der EU, d.h. bei der Gestaltung der Ziele und Rahmenbedingungen der Programme) beigetragen. Jedoch zeigen auch die bisher bitteren Erfahrungen Ungarns mit SAPARD, dass die Übertragung von erfolgreichen Modellen auf ein anderes Programm nicht immer glückt. Diese Erfahrungen (und daneben auch die Erfahrungen mit den zurückgezogenen ISPA-Autobahnförderungsprogrammen) zeigen auch, wie gefährlich es sein kann, wenn politische Interessen mit im Spiel sind.

Die Trennung zwischen heimischen politischen Kämpfen und der Verteilung der EU-Fördergelder ist sehr wichtig, aber keine einfache Aufgabe. Da wichtige Bereiche der EU-Programme (nicht aus planwirtschaftlicher Tradition heraus, sondern aufgrund der seitens der EU vorgegebenen Spielregeln) zentral koordiniert werden müssen, besteht potentiell die Gefahr der politischen Einflussnahme. Die EU versucht – auch durch zunehmende Kontrollen seitens der EU-Delegation – die Möglichkeiten solcher Einfluss-

nahme möglichst zu reduzieren. Gleichzeitig wird die Verstärkung der heimischen Kontrollmechanismen gefordert. Hierzu gehört auch als wichtiges Element eine bessere Kompetenz-, Humankapital- und Infrastrukturausstattung der lokalen und regionalen Ebene.

Die finanzielle Verwaltung der Vorbeitrittsprogramme kann in Ungarn in den letzten Jahren große Fortschritte verzeichnen. Der Erfolg der CFCU (Central Finance and Contracting Unit) war eines der positivsten Ergebnisse der Reform des PHARE-Programms, und kann auch zum Erfolg der beiden anderen Vorbeitrittsinstrumente genutzt werden. Neben der CFCU wäre es aber sehr nützlich, ähnliche gut funktionierende regionale Zentren für das Management der Programme einzurichten. Obwohl für die heutigen Beitrittsprogramme nicht unbedingt nötig, können solche Einheiten nach dem EU-Beitritt Ungarns für das Management der Strukturfonds sehr hilfreich sein.

Zur Förderung der ungarischen Wirtschaftsdynamik wird in Zukunft (und besonders nach dem EU-Beitritt) eine effiziente und langfristig erfolgreiche Struktur- und Regionalpolitik einen wichtigen Beitrag leisten können. Im Rahmen dieser Politik müssen zuerst die strategischen Ziele klar definiert werden. Wichtig für den Erfolg sind auch aufgrund der aktuellen Lage realistische Ziele sowie eine gute Koordinierung der zur Verfügung stehenden Instrumente. Das bedeutet die Anpassung der regionalen ungarischen Entwicklungspolitik an die grundsätzlichen Prinzipien der EU-Strukturpolitik (Konzentration der Finanzquellen, Programmierung, Partnerschaft, Additionalität). Die beste Nutzung der jetzt und in Zukunft zur Verfügung stehenden Finanzquellen wird durch eine Harmonisierung heimischer Programme mit den von der EU geförderten Programmen erreicht. Im Falle Ungarns wurde bereits im Länderbericht der Europäischen Kommission im Jahr 2000 erwähnt, dass der von der Regierung für die verstärkte Belebung der Wirtschaft ausgearbeitete Széchenyi-Plan (siehe Anhang) besser mit dem allgemeinen Nationalen Entwicklungsplan des Landes koordiniert werden sollte. Beide Pläne (im Falle des Nationalen Entwicklungsplanes handelte es sich um eine vorläufige Version, da der endgültige Plan erst noch ausgearbeitet werden muss) stellen laut Bewertung der Kommission eine wichtige Initiative in Richtung Programmierung dar; eine verbesserte erhöhte Koordinierung (und dadurch Effizienz und Transparenz) der Programme könnte gemäß Kommission ihren Wert weiter erhöhen.

Die Verbesserung der institutionellen Bedingungen ist weiterhin eine wichtige Aufgabe. Dies ist in Ungarn auch deshalb nicht einfach, weil die Ebene der NUTS II-Regionen keine Tradition hat. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden zwar verwaltungstechnisch Fortschritte erzielt, doch gibt es noch immer Probleme. Dazu gehört in erster Linie die Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen. Neben der Neudefinition der Rolle der zentralen Ebene ist es besonders wichtig, die Konfliktmöglichkeiten zwischen den neu gestalteten NUTS II-Regionen und den traditionsreichen Komitaten (die der NUTS III-Ebene entsprechen, d.h. auch langfristig bezüglich der Ziele 2 und 3 der Strukturpolitik der EU eine wichtige Rolle spielen können) zu mindern. Neben den klaren Funktionen und Kompetenzen sollen die neu gestalteten Institutionen über genügende Human- und Finanzquellen, ebenso wie eine den Aufgaben entsprechende Infrastruktur verfügen. In diesem Bereich hat sich die Lage in Ungarn in den letzten Jahren verbessert, doch bleibt noch einiges zu tun.

Wichtig ist festzuhalten: obwohl die allgemeinen Spielregeln zentral festgelegt werden müssen, bleibt (neben der im ersten Kapitel gezeigten, sich jetzt herausbildenden regionalen Ebene) die lokale Ebene entscheidend für die erfolgreiche Durchführung der konkreten einzelnen Projekte, die als Teile der Programme verwirklicht werden. Diese Aussage stützt sich sowohl auf Erfahrungen der jetzigen EU-Mitgliedsländer mit den Strukturfonds, als auch auf Erfahrungen der heutigen Beitrittskandidaten mit der Vorbeitrittshilfe. Dies wird durch die Erfahrungen mit PHARE, aber auch durch die Teilnahme der Lokalverwaltungen in der Kofinanzierung von ISPA-Projekten, bestätigt.

Die Stärkung der lokalen Ebene umfasst mehrere Elemente. Eine stabile gute Finanzlage ist wichtige Vorbedingung für ein erfolgreiches Funktionieren der Struktur- und Regionalpolitik. Berücksichtigt man die Steuereinnahmen, dann hat sich die Lage der regionalen und lokalen Verwaltungen in Ungarn in den 1990er Jahren etwas stärker verbessert als in den meisten Beitrittsländern. Dies reicht jedoch nicht zur Erfüllung der oben genannten finanziellen Vorbedingung aus. Ende der 1990er Jahre hat sich zudem die finanzielle Lage der meisten Munizipalitäten (wegen der Veränderung der Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentralstaat und Lokalverwaltungen) verschlechtert.

Ein zusätzlicher Problembereich ist die operative Tätigkeit der Lokalverwaltungen sowie der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). In den meisten EU-Ländern haben diese Verwaltungen und Organisationen eine wichtige Rolle in der Artikulierung und Koordinierung der lokalen Initiative gespielt. In den Beitrittsländern haben diese Organisationen eine relativ kurze Vergangenheit, die man keinesfalls Tradition nennen kann. Ungarn schneidet auch hier im Vergleich zu den übrigen Beitrittskandidaten relativ gut ab, doch stellen die Finanzierung, die Kommunikation und die Koordinierung der Aktivitäten der verschiedenen Akteure in Mittel- und Osteuropa ein Problem dar.

Informationen über die Möglichkeiten der EU-Transfers spielen eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Regionalpolitik. Die lokalen Akteure – und vor allem die NGOs – sollen dabei insofern eine Katalysator-Rolle spielen, als sie die Informationen sammeln, übertragen und, wenn nötig, erklären. In Ungarn gibt es einige Organisationen, die versuchen, u.a. diese Aufgaben zu erfüllen. Hierbei soll die Tätigkeit der vom Außenministerium koordinierten EU-Informationspunkte und der verschiedenen Berufskammern an erster Stelle erwähnt werden. Es gibt jedoch auch weitere, noch nicht oft genutzte Möglichkeiten: diverse NGOs, aber auch die Koordinierung und die Kommunikation zwischen den Akteuren (inklusive lokale Verwaltungen), die bereits tätig sind. Dadurch können Überlappungen vermieden und die beste Nutzung der knappen Ressourcen ermöglicht werden.

Die guten Kontakte mit den Institutionen auf verschiedenen Ebenen (EU, Staat, Regionen), die in der Formulierung und Durchsetzung der Politik eine wichtige Rolle spielen, sind auch für den Erfolg der Regionalpolitik ausschlaggebend. Eine Vorbedingung dafür ist die Bereitschaft dieser Institutionen, Kontakte aufzunehmen und von ihrer Seite zu pflegen. Leider ist diese positive Haltung zur Informationsarbeit noch nicht immer vorherrschend, was auch als Konsequenz der Tradition der zentralen Planungs-wirtschaft und der langen Abwesenheit von unabhängigen Organisationen bewertet werden kann.

Da unabhängige Organisationen (u.a. NGOs) in Ungarn im Vergleich mit den westeuropäischen Demokratien relativ unerfahren sind, spielen auch die Kontakte mit ähnlichen Organisationen in den EU-Ländern eine besonders wichtige Rolle. Die Erfahrungen der lokalen Akteure können sehr hilfreich sein, um die typischen Anpassungsprobleme möglichst zu entschärfen. Aus diesem Grund können die Erfahrungen der EU-Südländer und Irlands für Ungarn (und auch für die anderen Beitrittskandidaten) besonders interessant sein. Hier muss man betonen, dass nicht nur positive Erfahrungen, sondern auch frühere Misserfolge sehr informativ und lehrreich sein können. Deshalb ist neben den im allgemeinen als "Erfolgsgeschichte" betrachteten spanischen und portugiesischen (und auch irischen) Erfahrungen auch die Analyse der früheren griechischen (aber auch süditalienischen) Misserfolge aufschlussreich, um die dort begangenen und bereits bekannten Fehler vermeiden zu können.

Die allgemeinen auch auf den Erfahrungen der heutigen EU-Länder (nicht nur Südländer) basierenden Empfehlungen können wie folgt zusammengefasst werden: Auf lokaler Ebene ist es wichtig, ein Netz der an den EU-Programmen bzw. Projekten potentiell interessierten Partner aufzubauen. Ein solches Netz kann nicht nur beim Informationsaustausch oder bezüglich der koordinierten Artikulierung lokaler Interessen sehr nützlich sein, sondern es kann auch zur Lösung technischer Probleme beitragen. Die technischen Fragen zur Nutzung der Transfers werden oft nicht besonders beachtet, obwohl sie eine entscheidende Rolle hinsichtlich Erfolg oder Misserfolg eines Programms bzw. Projektes spielen können (das zeigt u. a. das Beispiel Österreichs: im Jahr 1995 gingen mehrere zehn Millionen ATS für die Förderung verloren, weil ein Teil der Förderungsberechtigten nicht wusste, dass die Transfers aus der EU nicht automatisch fließen, sondern erst auf Grundlage von Anträgen, in einer bestimmten und eigentlich recht komplizierten Form, genehmigt werden).

Als die wichtigsten technischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Nutzung der EU-Fördermittel können gelten:

- Präzise und ständig aktualisierte Informationen über die Teilnahmebedingungen für von der EU geförderte Entwicklungsprojekte. Die Bereitstellung von für die Teilnahme nötigen statistischen Angaben (chronologisch geordnet) ist eine wichtige Aufgabe, die von der für ein gegebenes Programm zuständigen administrativen Ebene erfüllt werden sollte. Diese ist sowohl vor, als auch nach dem EU-Beitritt wichtig. Darüber hinaus sollten die an den Programmen interessierten lokalen Akteure fähig sein, Informationen (entsprechend der von den EU-Regelungen vorgeschriebenen Struktur) über sich bereitstellen zu können.
- Präzise und ständig aktualisierte Information über die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen der EU-Strukturpolitik und regionalen Entwicklungspolitik Ungarns (die Verbindungen zwischen den beiden sind besonders wichtig für die potentiell interessierten Akteure). Es ist wichtig, dass die jeweiligen Akteure wissen, für welche Ziele, wann und wie sie sich für EU- und/oder nationale Förderung bewerben können. Hier können auch die kleinsten Einzelheiten für die Antragstellung und letztlich für ihren Erfolg entscheidend sein. Unter anderem ist die Information über lokale, regionale und nationale Finanzierungsmöglichkeiten des Förderungsgrundsatzes „Additionalität“ sehr wichtig. Die Erfahrungen mit ISPA-Projekten zeigen,

dass erste Fortschritte in diesem Bereich bei größeren Projekten gemacht wurden; bei kleineren Projekten hatten und haben die Akteure im Rahmen des PHARE-Programms die Möglichkeit, weitere Erfahrungen zu sammeln. Zu den wichtigen zu beherrschenden technischen Einzelheiten gehört auch eine entsprechende Dokumentierung des Projektes (inklusive interim und final reports, entsprechend den EU-Regelungen).

- Präzise und aktuelle Information über die konkreten Mechanismen der EU-Förderung sind für die Beteiligten wichtig. Diese Informationen sind für die konkrete Anwendung der EU-Prinzipien Konzentration, Programmierung, Partnerschaft und Additionalität von großer Bedeutung. Dies ist auch notwendig, damit die interessierten lokalen Akteure u.a. ihre finanziellen Verpflichtungen kalkulieren können. Zudem ist das genaue Timing der EU-Transfers eine besonders wichtige Frage. Im allgemeinen wird nur ein bestimmter Teil der EU-Förderung mit der ersten Überweisung vorfinanziert, meistens auch nicht genau zu Beginn des Programms. Wie die Erfahrung mit einigen von PHARE finanzierten Projekten zeigt, ist die Vorfinanzierung ein großes Problem für viele Beteiligte (neben der bereits oft schweren Kofinanzierung der Förderung). Für die Kofinanzierung wären Organisationen, die kreative und finanziell potente lokale Partner zur Projektmitarbeit motivieren könnten, besonders hilfreich.

Die Lösung der angesprochenen Probleme wäre für eine erfolgreiche Verwendung der strukturellen Transfers in Ungarn sehr wichtig. Die positiven und negativen Erfahrungen der früheren Beitrittsländer (und nicht nur der Südländer) beweisen zweifelsfrei die Bedeutung, die der Lösung dieser Fragen beigemessen werden sollte. Die Vorbeitritts Hilfen sind für Ungarn ein wichtiges Entwicklungsinstrument. Ihre Bedeutung geht jedoch darüber hinaus, denn sie bieten die Möglichkeit eines Lernprozesses, der nach dem EU-Beitritt für die Verwendung der weitaus umfangreicheren EU-Struktur- und Regionalfonds von entscheidender Bedeutung sein kann.

4. Statistische Daten und Széchenyi-Plan

4.1. Regionale Unterschiede in Ungarn

TABELLE A5

BIP pro Kopf in den NUTS-II-Regionen in Ungarn, 1999

Region	BIP pro Kopf (HUF 1000)	BIP pro Kopf (% des nationalen Durchschnitts)
Mittel-Ungarn	1 710	151
Mittel-Transdanubien	1 061	94
West-Transdanubien	1 301	115
Süd-Transdanubien	880	78
Nord-Ungarn	751	66
Nord-Tiefebene	726	64
Süd-Tiefebene	843	75
INSGESAMT	1 132	100

Quelle: Magyar Statisztikai Évkönyv 2000, Központi Statisztikai Hivatal, Budapest, 2001, S. 305.

TABELLE A6

Investitionen in Ungarns NUTS-II-Regionen*, 2000 (vorläufige Angaben)

Region	Investitionen (HUF Mio.)	Investitionen pro Einwohner (HUF)
Mittel-Ungarn	1 481 028	521 861
Mittel-Transdanubien	289 419	261 369
West-Transdanubien	278 845	283 758
Süd-Transdanubien	179 522	184 602
Nord-Ungarn	229 400	181 173
Nord-Tiefebene	202 628	133 355
Süd-Tiefebene	170 889	127 708
INSGESAMT	2 831 730	282 489

* Laut dem Sitz der Investoren.

Quelle: Magyar Statisztikai Évkönyv 2000, Központi Statisztikai Hivatal, Budapest, 2001, S. 311.

TABELLE A7

**Unternehmen mit ausländischer Beteiligung* in Ungarns NUTS-II-Regionen,
2000 (vorläufige Angaben)**

Region	Anzahl der Unternehmen	Nominalkapital (HUF Mrd.)	Davon ausländischer Anteil (HUF Mrd.)
Mittel-Ungarn	15 356	2 305,1	1 990,8
Mittel-Transdanubien	1 635	244,1	219,9
West-Transdanubien	2 713	288,4	223,7
Süd-Transdanubien	1 523	62,2	51,4
Nord-Ungarn	800	212,1	162,3
Nord-Tiefebene	1 160	123,3	105,1
Süd-Tiefebene	1 945	150,1	123,7
INSGESAMT	25 132	3 385,3	2876,9

* Ohne Unternehmen mit 10% oder weniger ausländischer Beteiligung und ohne off-shore Unternehmen.

Quelle: Magyar Statisztikai Évkönyv 2000, Központi Statisztikai Hivatal, Budapest, 2001, S. 284.

TABELLE A8

**Arbeitslosen- und Aktivitätsquoten in Ungarns NUTS-II-Regionen,
2000**

Region	Arbeitslosenquote (% der aktiven Bevölkerung)	Aktivitätsquote (% der Bevölkerung im aktiven Alter)
Mittel-Ungarn	5,2	57,1
Mittel-Transdanubien	4,8	55,7
West-Transdanubien	4,2	58,7
Süd-Transdanubien	7,8	51,3
Nord-Ungarn	10,1	48,7
Nord-Tiefebene	9,2	48,3
Süd-Tiefebene	5,1	51,9
INSGESAMT	6,4	53,5

Quelle: Magyar Statisztikai Évkönyv 2000, Központi Statisztikai Hivatal, Budapest, 2001, S. 99.

TABELLE A9

**Durchschnittliche Brutto- und Nettomonatslöhne der Erwerbstätigen*
in Ungarns NUTS-II-Regionen, 2000**

Region	Bruttolohn (HUF)	Nettolohn (HUF)
Mittel-Ungarn	111 635	68 353
Mittel-Transdanubien	83 596	53 586
West-Transdanubien	80 129	51 840
Süd-Transdanubien	72 224	47 585
Nord-Ungarn	73 215	48 051
Nord-Tiefebene	70 024	46 348
Süd-Tiefebene	70 325	46 469
INSGESAMT	87 540	55 634

* Angaben der Vollzeitarbeiter in den Organisationen mit mehr als 4 Beschäftigten.

Quelle: Magyar Statisztikai Évkönyv 2000, Központi Statisztikai Hivatal, Budapest, 2001, S. 94, 101.

4.2. Der Széchenyi-Plan: Eine Zwischenbilanz

Das Ziel des Széchenyi-Planes ist eine Stärkung des ungarischen Wirtschaftswachstums durch Förderungen prioritärer Bereiche. Dennoch sollen gleichzeitig möglichst viele ungarische Siedlungen und Unternehmen (darunter kleine und mittlere Unternehmen) einbezogen werden. Die Finanzierungsquellen des Planes stellt das ungarische Zentralbudget. Öffentliche Tendarausschreibungen regeln die Vergabe der Mittel. Dabei sollen Investitionen kofinanziert werden, d.h. eigene Finanzmittel der Bewerber sind notwendig. Die Fördermittel werden nach der Realisierung des Projektes überwiesen. Dadurch und durch das während des ganzen Projektablaufes eingesetzte Kontroll- bzw. Monitoringsystem werden EU-Regelungen schon implementiert, was der Vorbereitung zur effizienten Verwaltung der EU-Transfers dient.

Nach langer Vorbereitungsarbeit startete der Plan im Januar 2001, und die ersten Förderungen wurden im Mai 2001 zugesagt. Bis Oktober 2001 wurden Förderungen im Wert von HUF⁸ 55 Mrd. (ca. 423 Mio. DM) genehmigt. Von den ins Wirtschaftsministerium eingeschickten 7781 Bewerbungen wurden bisher 4132 beurteilt, und 3307 wurden davon Förderungen zugesprochen. Laut der Pressemitteilung des ungarischen Wirtschaftsministers *György Matolcsy* kann die Summe der Förderungen bis Ende des Jahres mehr als HUF 100 Mrd. erreichen.

Die sektorale Struktur der bisherigen Förderungen ist in Tabelle A10 wiedergegeben; die Struktur spiegelt die Gewichte der prioritären Ziele wider. Die Tabelle zeigt auch, daß auf 1 HUF Förderung im Durchschnitt 5 HUF Investition aus eigener Kraft entfällt.

⁸ 1 DM = ca. 130 HUF

Mit der Hilfe der bisher zugesprochenen Förderungen werden Investitionen in 838 Siedlungen (ca. 25% der Siedlungen in Ungarn) verwirklicht.

TABELLE A10

**Sektorelle Struktur der Förderungen im Rahmen des Széchenyi-Planes
bis Oktober 2001 (Angaben in Mrd. HUF)**

Programm	Förderung	Wert der Investitionen
Aktive Arbeitsmarktprogramme	1,3	–
Energiesparmaßnahmen	1,0	3,4
Wohnungsbau	14,9	20,9
Regionale Wirtschaftsentwicklung	1,3	7,2
Tourismusentwicklung	21,6	94,6
Unternehmensstärkung	14,9	150,9
INSGESAMT	55,0	277

Quelle: Ungarisches Wirtschaftsministerium, in: Napi Gazdaság, 2001. október 26., S. 3.

Was die territoriale Struktur der bisher zugesprochenen Förderungen betrifft, gibt Tabelle A11 einige interessanten Angaben wieder. Der Anteil von Budapest ist relativ klein (viel kleiner als der Anteil der Hauptstadt an Bevölkerung und Wirtschaft), was u.a. mit der relativ geringen Zahl der Bewerbungen erklärt werden kann. Ein möglicher Grund – nach der Meinung des Wirtschaftsministers – dafür ist, daß es relativ wenige Bewerbungen aus Budapest in den beiden größten Programmen (Gesundheitstourismus und Unternehmensstärkung) gab. Diese Lage kann sich mit Beginn der Renovierung der Budapester Bäder ändern.

Geht man alleine von den Zahlen aus, dann liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das Programm (nicht nur wegen seiner finanziellen Grenzen, sondern auch seiner bisherigen Struktur) zur Verminderung der traditionellen regionalen Entwicklungsunterschiede (Zentrum–Peripherie, West–Ost) nicht wesentlich beitragen kann. Jedoch können die Förderungen in kleineren Gebieten für die lokale Wirtschaftsbelebung hilfreich sein (diese Möglichkeit ist aber wegen der schlechten finanziellen Lage, und deshalb auch wegen der Kofinanzierungskapazität der ärmsten Territorien begrenzt).

TABELLE A11

Regionale Kennzahlen des Széchenyi-Planes (%)

	Budapest	Transdanubien	Östlich der Donau
Förderungen (100% = HUF 54,94 Mrd.)	10,6	44,3	45,1
Neue Investitionen (100% = HUF 277,07 Mrd.)	20,1	47,5	32,4
Arbeitsplätze (100% = 21 599 Arbeitsplätze)	5,9	46,1	48,0

Quelle: Ungarisches Wirtschaftsministerium, in: Magyar Nemzet, 2001. október 26., S. 1, 11, Népszabadság, 2001. október 26., S. 19.

Unternehmen wurden bisher Förderungen im Wert von ca. HUF 30 Mrd. (ca. 230 Mio. DM) zugesprochen. Mikrounternehmen haben 13%, Kleinunternehmen 22%, mittlere Unternehmen 37%, Großunternehmen 28% dieser Förderungen erhalten (Magyar Nemzet, 2001. október 26., S. 11). Interessant ist auch der Vergleich des Anteils und der Verwendung der bisher zugesprochenen Förderungen in den ungarischen und in den ausländischen Unternehmen (Tabelle A12). Es zeigt sich, dass ausländische Unternehmen die Förderungen viel effizienter nutzen können: für 1 HUF-Förderung stellen die ungarischen Unternehmen im Durchschnitt 4,3 HUF, die ausländischen Unternehmen 10 HUF zur Verfügung (Napi Gazdaság, 2001. október 26., S. 3).

TABELLE A12

Der Széchenyi-Plan: Vergleich ungarischer und ausländischer Unternehmen

	Ungarische Unternehmen	Ausländische Unternehmen
Anteil an den erfolgreichen Bewerbungen	89%	11%
Anteil an der Gesamtsumme der Förderungen	66%	34%
Anteil an den Investitionen mit Hilfe der Förderungen	11%	56%

Quelle: Ungarisches Wirtschaftsministerium, in: Népszabadság, 2001. október 26., S. 19.

Laut einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministers induziert der Széchenyi-Plan im Jahr 2001 ein Zusatzwachstum von 1,5% des ungarischen BIP, und im nächsten Jahr kann dieser Effekt sogar 2% erreichen. Jedoch sind die Kalkulationen, die hinter diesen Zahlen stehen, nicht nachvollziehbar. Analysten halten diese Aussage für unwahrscheinlich. Zwar wurden im Jahr 2001 Förderungen im Wert von ca. HUF 100 Mrd. (ca. 729 Mio. DM) zugesprochen, und fünfmal mehr Privatkapital wird erwartet, doch sind

die geförderten Programme im allgemeinen langfristig angelegt und die genannte BIP-Steigerung (1% des ungarischen BIP ist ca. HUF 150 Mrd.) ist für 2001 eher unwahrscheinlich. Auch werden aufgrund der ex post-Finanzierung der Programme private Investoren (neben Unternehmen vor allem lokale Verwaltungen) eine wichtige Rolle bei der Vorfinanzierung spielen müssen. Dies unterstreicht den langfristigen Charakter (und dadurch langsamere, unmittelbare und mittelbare BIP-Effekte) des Széchenyi-Plans.